

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/28764 –**

#### **Kulturelle Identität bewahren – Eine Deutsche Akademie für Sprache und Kultur gründen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/28794 –**

#### **Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung soll einen Gesetzentwurf erarbeiten mit dem Ziel, eine Deutsche Akademie für Sprache und Kultur zu gründen. Die Akademie soll als Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet werden. Sie soll 30 bis 50 Mitglieder aus möglichst unterschiedlichen wissenschaftlichen, künstlerischen und gesellschaftlichen Bereichen versammeln, die in einem transparenten Verfahren auf Lebenszeit berufen werden. Die Fraktion der AfD will erreichen, dass eine solche Deutsche Akademie zu einer Autorität bei der Bestimmung des richtigen Sprachgebrauchs entwickelt wird. Die Akademie solle auch in Fragen einer deutschen Leitkultur zu einer zentralen Instanz heranwachsen und für die Bewahrung kultureller Identität sorgen. Als Modell könne die Académie française dienen.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auflegen, der mehrere Handlungsfelder umfasst. Die Fraktion der AfD nennt in ihrem

Antrag unter anderem Bemühungen um die Pflege der deutschen Sprache, eine veränderte Memorialkultur mit positiven Bezugspunkten, den aktiven Schutz von Denkmälern, Kunstwerken und Museumsbeständen sowie die Förderung des Wiederaufbaus zerstörter historischer Gebäude. Der geforderte Aktionsplan soll gemeinsam mit den Ländern und in Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag aufgesetzt werden.

**B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28764 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28794 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

**C. Alternativen**

Keine.

**D. Kosten**

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/28764 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/28794 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

## **Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Katrin Budde**  
Vorsitzende

**Melanie Bernstein**  
Berichterstatterin

**Martin Rabanus**  
Berichterstatter

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Simone Barrientos**  
Berichterstatterin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Melanie Bernstein, Martin Rabanus, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl**

### **I. Überweisung**

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28764** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/28794** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen**

Zu Buchstabe a

Die Bundesregierung soll einen Gesetzentwurf erarbeiten mit dem Ziel, eine Deutsche Akademie für Sprache und Kultur zu gründen. Die Akademie soll als Stiftung öffentlichen Rechts mit Sitz in Berlin errichtet werden. Sie soll 30 bis 50 Mitglieder aus möglichst unterschiedlichen wissenschaftlichen, künstlerischen und gesellschaftlichen Bereichen versammeln, die in einem transparenten Verfahren auf Lebenszeit berufen werden sollen. Die Deutsche Akademie soll zu einer Autorität bei der Bestimmung des richtigen Sprachgebrauchs entwickelt werden. Sie soll auch in Fragen einer deutschen Leitkultur zu einer zentralen Instanz heranwachsen und für die Bewahrung kultureller Identität sorgen.

In einem Staatsvertrag mit den Ländern soll deren aktive Mitwirkung abgesichert werden, um im Ergebnis eine umfassende bundesweite Vernetzung der Deutschen Akademie für Sprache und Kultur mit allen einschlägigen Institutionen zu erreichen.

Die Fraktion der AfD begründet ihre Initiative damit, dass es gelte, einen Erosionsprozess aufzuhalten, in dem sich die kulturelle Identität und die Leitkultur der deutschen Kulturgemeinschaft befänden. Setze sich der Verlust einer gemeinsamen kulturellen Identität fort, führe dies zwangsläufig zum inneren Zerfall des Staatsvolkes und damit auf längere Sicht des Staates und seiner Institutionen. Die Deutsche Akademie solle dem Versuch entgegenwirken, Sprachregime zu etablieren und bei der Verteidigung und Pflege der kulturellen Identität helfen. Als Beispiel könne die Académie française dienen.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung soll einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auflegen, der mehrere Handlungsfelder umfasst. Die Fraktion der AfD nennt in ihrem Antrag unter anderem Bemühungen um die Pflege der deutschen Sprache, eine veränderte Memorialkultur mit positiven Bezugspunkten, den aktiven Schutz von Denkmälern, Kunstwerken und Museumsbeständen sowie die Förderung des Wiederaufbaus zerstörter historischer Gebäude. Der geforderte Aktionsplan soll gemeinsam mit den Ländern und in Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag aufgesetzt werden.

Schon bevor sich eine politische Nation herausgebildet habe, habe Kultur die Funktion eines einigenden Bandes zwischen den Deutschen übernommen. Durch die voranschreitende „Dekonstruktion“ aller Merkmale kultureller Identität löse sich dieses Zusammengehörigkeitsgefühl immer weiter auf. Der Bruch mit den Traditionen und dem

eigenen Herkommen habe seine Wurzeln in der „Kulturrevolution“, die in den 1960er-Jahren ihren Ausgang genommen habe. Der wachsende Gedächtnisverlust gehe mit einem Mangel an Bildung einher. Mit dem Nationalen Aktionsplan soll die Bundesregierung einen Beitrag zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel leisten, der sich unter anderem darin ausdrücken müsse, Städten mit Hilfe von Rekonstruktionsprojekten ein Stück Heimat, Identität und Tradition zurückzugeben.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 162. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28764 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28764 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** empfahl in seiner 82. Sitzung am 9. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28764 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** empfahl in seiner 162. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28794 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl in seiner 82. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28794 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28764 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 77. Sitzung am 23. Juni 2021 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/28794 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, die Fraktion der AfD fordere einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität und eine Akademie für Sprache und Kultur. Diese Fraktion vertrete die Ansicht, unter dem Einfluss von Neuem und Anderem verliere Deutschland seine kulturelle Identität, der Verfall des ganzen Staates drohe. Auf diese Weise schüre die Fraktion der AfD Angst. Sie gestehe den Bürgerinnen und Bürgern keinen eigenen Gestaltungswillen zu und wolle deren Freiheit einschränken. Es gebe viele Institutionen, zu denen unter anderem Theater oder Goethe-Institute zählten, die sich für die deutsche Sprache und Kultur engagierten und dafür vom Bund gefördert würden. Den Menschen in Deutschland werde es gelingen, ihr Land kulturell so zu gestalten, wie sie dies für richtig hielten, und das ganz ohne die Unterstützung der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der SPD** urteilte, in beiden Anträgen der Fraktion der AfD würden gesellschaftliche Vielfalt und Toleranz herabgewürdigt. Diese Haltung lehne die Fraktion der SPD ab. Ihr Ziel sei vielmehr die kulturelle Vielfalt im Land und die globale Vernetzung von Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Fraktion der

SPD engagierte sich deshalb in Zusammenarbeit mit den Bundesländern für Bildung auf allen Ebenen. Wichtig sei, dass die Menschen die demokratischen Werte und die Politik im Land verstünden und teilten. Deshalb werde auch die deutsche Sprache gefördert, beispielsweise über die Literatur und die kulturelle Bildung. Aus dem Bundeshaushalt würden zahlreiche Initiativen unterstützt, so etwa der Deutsche Buchhandlungspreis.

Unverständlich sei nicht nur, dass die Fraktion der AfD Diversität, Inklusion und Geschlechtergerechtigkeit ablehne, unverständlich sei auch, dass sie die „leichte Sprache“ als Gefahr beschreibe, weil durch sie das Ausdrucksvermögen der Deutschen zu verarmen drohe. Die Fraktion der SPD zitierte aus den Anträgen und konstatierte, die Fraktion der AfD habe für die eigenen Anträge eine schwer verständliche Sprache gewählt, um sich im Ergebnis gegen Vielfalt und Toleranz zu wenden.

Die **Fraktion der AfD** argumentierte, das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Gesellschaft löse sich immer weiter auf. Identitätsbildung werde immer schwieriger, weil eine Kulturrevolution von links das eigene Herkommen als toxisch denunziere. Während die Identitäten aller möglichen Minderheiten gefeiert würden, werde der deutschen Mehrheitsgesellschaft keine oder nur eine negative Identität zugestanden. Diese Entwicklung sei alarmierend, mit dem Zerfall der Gesellschaft in immer mehr Teilidentitäten werde nicht zuletzt die Demokratie gefährdet.

Mit ihren Anträgen wolle die Fraktion einen Beitrag zur Rückgewinnung der deutschen kulturellen Identität leisten. Deren Erosion spiegle sich auch und gerade in der deutschen Sprache, die im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit und Diversität umgeformt werde. Die geforderte Deutsche Akademie für Sprache und Kultur solle nicht in Konkurrenz zu bestehenden Institutionen treten, sondern für die Vernetzung von Experten und einschlägigen Wissenschaftszweigen sorgen. Vorbild sei die Académie française.

Ein wichtiges Feld für einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität stelle die Erinnerungskultur dar, die derzeit auf eine Schuld- und Schamkultur reduziert werde und so besonders bei der jungen Generation eine positive Identifikation mit dem eigenen Land verhindere. Die unlängst beschlossene Stiftung Orte deutscher Demokratiegeschichte bilde zwar ein positives Gegenbeispiel. Damit allein werde der notwendige kulturelle Klimawandel in Deutschland aber nicht herbeizuführen sein. Hinzukommen müssten weitere Anstrengungen. So müsse der Bund Initiativen unterstützen, die sich für den Wiederaufbau zerstörter historischer Gebäude von nationaler Bedeutung einsetzten.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, eine Akademie für die deutsche Sprache werde nicht gebraucht, beide Anträge seien abzulehnen. Die Angst vor einer angeblichen Gefährdung der deutschen Sprache solle missbraucht werden, um Entwicklungen wie Emanzipation und Gleichberechtigung abzuwehren. Vor einigen Jahren hätten noch Anglizismen selbsternannte Sprachschützer auf den Plan gerufen, heute sei das die sogenannte geschlechtergerechte Sprache. Neu sei das alles nicht. Schon im 17. Jahrhundert habe der Dichter Philipp von Zesen Wörter wie „Tageleuchter“ und „Zeugemutter“ für die Fremdwörter „Fenster“ und „Natur“ erfunden – ohne sich damit durchzusetzen.

Die Fraktion der FDP schlage vor, die Pflege der deutschen Sprache denen zu überlassen, die etwas davon verstünden, wie der Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt. Diese Institution genieße hohes Ansehen im In- und Ausland. Sie vergebe renommierte Auszeichnungen wie den Georg-Büchner-Preis, den Sigmund-Freud-Preis und andere. Ihre geistige Spannweite reiche vom Althistoriker bis zum herausragenden Politikwissenschaftler. An ihrer Integrität und ihrer Fachkenntnis zu zweifeln, gebe es keinen Grund, und daher gebe es auch keinen Grund, eine zweite Akademie gleichen fachlichen Zuschnitts zu gründen.

Die **Fraktion DIE LINKE** wertete die Anträge der Fraktion der AfD als Ausdruck rechter und autoritärer Kulturpolitik. Sie seien geprägt von Nationalismus, Kulturalismus und Ressentiments. Es werde versucht, die Mehrheitsgesellschaft gegen die Interessen und Belange von Minderheiten in Stellung zu bringen. Vertreten werde völkisch-autoritärer Populismus, wenn der Untergang eines abstrakten Deutschtums beschworen werde.

Die Idee des Niedergangs einer deutschen Identität sei für die Logik völkisch-autoritärer Positionen charakteristisch. Die Fraktion der AfD entwerfe in polemischer Manier Bedrohungs- und Untergangsszenarien. Sie nutze einen Begriff von kultureller Identität, der statisch, monolithisch und selektiv sei. Für alles, was sich nicht als „abendländisch“ oder „deutsch“ kategorisieren lasse, gebe es in ihrem Denken und Handeln keinen Entfaltungsraum. Stattdessen habe das Land sich einer „Leitkultur“ unterzuordnen. Die Fraktion versuche, die Geschichte in den Dienst eines Identitätsangebots zu nehmen und den Nationalsozialismus aus dem deutschen Geschichtsbe-

wusstsein zu externalisieren. Mit ihren Forderungen nach der Rekonstruktion von zerstörten historischen Gebäuden betreibe die Fraktion der AfD die Indienstnahme der Architektur für eine identitäre Ästhetik. Mit Forderungen nach härteren Strafen gegen Vandalismus verheiße die Fraktion den Law-and-Order-Staat. Und wenn die Fraktion die deutsche Sprache konservieren wolle, verschweige sie, dass Sprache sich immer entwickle.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** monierte, die Fraktion der AfD postuliere zwar eine „Leitkultur der deutschen Kulturgemeinschaft“, eine positive Definition dieser gefährdeten „Leitkultur“ oder der „eigenen kulturellen Identität“ erfolge jedoch nicht. Wenn „Eigenes“ vor Neuem und Fremdem geschützt werden solle, werde auch dieses „Eigene“ nicht definiert. Es gehe nur um Abgrenzung und Ausgrenzung.

Die Fraktion wende sich in ihren Anträgen gegen Diversität und sprachliche Erneuerung, gegen emanzipatorische Prozesse und eine geschlechtergerechte Sprache. Auch die Verwendung von „leichter Sprache“ lehne die Fraktion der AfD ab, also einer Sprache, die Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, älteren Menschen oder Menschen mit einem Migrationshintergrund, die die deutsche Sprache erst erlernten, mehr Teilhabe garantiere.

Der nationalistische und chauvinistische Subtext sei in den Anträgen allgegenwärtig. Es passe ins Bild, dass die im Jahr 1635 von Kardinal Richelieu mit einem sprachimperialistischen Auftrag gegründete Académie française der Fraktion als Vorbild für eine Deutsche Akademie diene. Dabei mache die Académie derzeit in Frankreich gar keine gute Figur.

Berlin, den 23. Juni 2021

**Melanie Bernstein**  
Berichterstatlerin

**Martin Rabanus**  
Berichterstatter

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Simone Barrientos**  
Berichterstatlerin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter

